N I E D E R S C H R I F T

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

der Universitätsstadt Marburg

am Freitag, 27.03.2009, 14:30 Uhr,

im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

Anwesenheit:

SPD: Aab, Acker, Backes, Becker, Böttcher, Brahms, Daser, Dinnebier, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Mertins, Meyer, Dr. Musket, Dr. Rausch, Seelig, Sell, Severin, Weidemann, Wölk

CDU: Ackermann, Gottschlich, Heck, Jannasch, Kaufmann, Kissel, Mehnert, Oppermann, Pfalz, Dr. Röder, Sauer, Schaffner, Scherer, Stompfe, Vaupel, Dr. Wulff

GRÜNE: Dr. Baumann, Busch, Dorn, Flohrschütz, Göttling, Neuwohner, Dr. Perabo, Schäfer, Dr. Therre-Staal, Weber-Hofmann

Marburger Linke: Prof. Dr. Fülberth-Sperling, Kolter, Schäfer, Dr. Weber

FDP: Prof. Dr. Dingeldein, Sawalies, Schwebel

MBL: Ludwig, Dr. Uchtmann

Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel
Bürgermeister Dr. Kahle
Stadträtin Dr. Weinbach

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadtrat Biver
Stadtrat Hertlein
Stadträtin Müller-Wickenhöfer
Stadtrat Rehlich
Stadtrat Reinhard
Stadträtin Schulze-Stampe
Stadtrat Sprywald
Stadtrat Stötzel
Stadtrat Stürmer

Es fehlten entschuldigt:
Die Stadtverordneten Adsan (Marburger Linke), Lohse (CDU), Röhrkohl (CDU), Prof. Dr. Simon (CDU) sowie die
Stadträtinnen Laßmann und Dr. Sewering-Wollanek

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner

Protokoll

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 14:40 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt bekannt, dass die Stadtverordnete Dr. Elke Therre-Staal (Bündnis 90/Die Grünen) als Nachfolgerin der Stadtverordneten Angela Dorn in das Amt der stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteherin nachgerückt ist. Der Stadtverordnetenvorsteher wünscht viel Freude bei der Ausübung dieses Amtes zum Wohle der Universitätsstadt Marburg.

---

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 27. Februar 2009 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit ist die Niederschrift in der ausgedruckten Fassung genehmigt.

---

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Zur heutigen Tagesordnung liegen drei Dringlichkeitsanträge vor.

1. Dringlicher Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Umsetzung des Gesetzes zur Förderung von Infrastrukturinvestitionen in Hessen und Konjunkturpaket II des Bundes in der Universitätsstadt Marburg VO/0207/2009

Die Dringlichkeit wird begründet durch den Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth. Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Göttling (Bündnis 90/Die Grünen). Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister.

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der Marburger Linken die Dringlichkeit. Damit ist die 2/3 Mehrheit des Hauses nicht erreicht.

Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

2. Dringlicher Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Rhönklinikum AG VO/0212/2009

Die Dringlichkeit wird begründet durch den Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke). Er gibt auch eine textliche Änderung des Antrages bekannt. Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Stompfe (CDU).

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der Marburger Linken, SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Dringlichkeit. Damit ist die 2/3 Mehrheit des Hauses nicht erreicht.

Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

3. Dringlicher Antrag der Fraktionen CDU und MBL betr. Emil-von-Behring-Schule VO/0215/2008

Die Dringlichkeit wird begründet durch den Stadtverordneten Stompfe (CDU). Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Becker (SPD). Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister.

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der CDU, MBL und FDP die Dringlichkeit der Vorlage. Damit ist die 2/3 Mehrheit des Hauses nicht erreicht.

Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Alle dringlichen Anträge liegen dieser Niederschrift als Anlage bei.

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt noch einen Überblick über die Tagesordnung und die in den Ausschüssen beantragten Aussprachen und die empfohlenen Zurückstellungen.

Der Stadtverordnete Meyer (SPD) beantragt, den Tagesordnungspunkt 17.1 „Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Änderung der Satzung und der

Geschäftsordnung des Beirats für Stadtgestaltung“ zurückzustellen und im Bau- und Planungsausschuss zu beraten.
Zu dem Tagesordnungspunkt liegt ein Änderungsantrag der Fraktion SPD und Bündnis 90/Die Grünen vor, der heute allen Stadtverordneten ausgeteilt wurde.

Gegen den Antrag wird nicht gesprochen. Folglich wird wie gewünscht verfahren.
Der TOP 17.1 wird an den Bau- und Planungsausschuss überwiesen.

Der Stadtverordnete Becker (SPD) stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt 17.3 „Antrag der CDU-Fraktion betr. Frühstück im Projekt "offener Anfang" der RGS“ zurückzustellen und im Schul- und Kulturausschuss zu beraten. Ein Votum des Schul- und Kulturausschusses zu dieser Vorlage steht bis heute noch aus.

Der Stadtverordnete Stompfe (CDU) spricht sich dafür aus, diesen CDU-Antrag heute doch abzustimmen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über den Antrag des Stadtverordneten Becker, die Vorlage an den Schul- und Kulturausschuss zu überweisen, abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken gegen die übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss.

Der Tagesordnungspunkt 17.3 wird an den Schul- und Kulturausschuss zur Beratung überwiesen.

Wie der Stadtverordnetenvorsteher ausführt, ist damit der anders lautende Antrag des Stadtverordneten Stompfe erledigt. Darüber wird nicht abgestimmt.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen.
Sie gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

---

zu 4 Fragestunde

---

zu 4.1 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 1 3/2009)
Vorlage: VO/0190/2009

Wie viele Schülerinnen und Schüler mit Wohnsitz in Michelbach besuchen die Richtsberg-Gesamtschule? (Bitte bei der Beantwortung nach Möglichkeit auch die Anmeldungen für das Schuljahr 2009/10 berücksichtigen!).

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Im derzeit laufenden Schuljahr 2009/10 besuchen insgesamt 15 Schülerinnen und Schüler aus Michelbach die Richtsberg-Gesamtschule.
Voraussichtlich werden zum Ende dieses Schuljahres 3 Michelbacher Schülerinnen und Schüler aus der Jahrgangsstufe 10 die Schule verlassen. Per Stand 05.03.2009 sind für das kommende Schuljahr 7 Kinder aus Michelbach angemeldet. Demnach werden im Schuljahr 2009/10 voraussichtlich 19

Schülerinnen und Schüler aus Michelbach die Richtsberg-Gesamtschule besuchen. Endgültige Zahlen können hierzu jedoch noch nicht mitgeteilt werden, da die Anmeldefrist erst am 15.03.2009 abläuft und darüber hinaus sich bis zu den Sommerferien noch Änderungen hinsichtlich der Anmeldungen ergeben können.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Sell (SPD) wird ebenfalls von Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

---

zu 4.2 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 2 3/2009)
Vorlage: VO/0191/2009

Welchen straßenverkehrsrechtlichen Status haben Feldwege, wenn sie von motorisiertem Verkehr genutzt werden, der nicht landwirtschaftlichen Zwecken dient, sondern als Abkürzung für den Durchgangsverkehr missbraucht wird?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Feldwege dienen in erster Linie der Erschließung der angrenzenden landwirtschaftlichen Flächen. Wenn keine gegenteilige Beschilderung vorhanden ist, ist das Befahren dieser Wege durch andere Verkehrsteilnehmer gemäß der Straßenverkehrsordnung nicht ausdrücklich verboten.

Durch das Befahren von Feldwegen durch andere Verkehrsteilnehmer ändert sich deren Status nicht.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL) wird ebenfalls von Oberbürgermeister Vaupel beantwortet.

---

zu 4.3 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Aab (Nr. 3 3/2009)
Vorlage: VO/0208/2009

Wann bzw. ab wann wird der Magistrat (werden die Stadtwerke) die ermäßigte Umsatzbesteuerung gemäß neuester höchstrichterlicher Rechtssprechung für das Legen von (Wasser-)Hausanschlüssen anwenden?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Durch die Urteile des EuGH vom 03.04.2008, C-442/05 und des BFH vom 08.10.2008, V R 61/03 wurde entschieden, dass die Weiterberechnung von Wasserhausanschlusskosten dem ermäßigten Umsatzsteuersatz von 7% unterliegt.
Nach Auskunft unserer Fachverbände wird demnächst ein Schreiben des Bundesministers der Finanzen zur Anwendung der Urteile in der Verwaltungspraxis, insbesondere zur Behandlung von Rechnungen der Vergangenheit, erwartet.
Unabhängig davon wenden die Stadtwerke Marburg GmbH bereits jetzt auf ihre Rechnungen über die Herstellung von Wasserhausanschlüssen den ermäßigten

Umsatzsteuersatz von 7% an.

---

zu 4.4 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Astrid Kolter (Nr. 4 3/2009)
Vorlage: VO/0220/2009

Wie viel Wohneinheiten und wie viele Bewohner/innen gibt es gegenwärtig im Haus Weidenhäuser Str. 78 - 80 und entspricht diese Zahl den Abmachungen, die die Stadt mit dem Hausbesitzer Dr. Rother bezüglich des Umbaus des Gebäudes getroffen hat?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Gegenwärtig wird das Gebäude Weidenhäuser Str. 78 - 80 von 12 Personen genutzt, die in den insgesamt 7 genehmigten Wohnungen leben.

Die vorgenannten 7 Wohnungen wurden im Jahr 2005 genehmigt.

---

zu 4.5 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Astrid Kolter (Nr. 5 3/2009)
Vorlage: VO/0180/2009

Plant der Magistrat die Entwicklung eines Konzeptes zur leistungsgerechten Bezahlung in der Kindertagespflege und wenn ja, wann wird dieses Konzept voraussichtlich vorliegen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Zum 01.01.2009 ist das neue Kinderfördergesetz, eine Novelle des SGB VIII, in Kraft getreten.
Gemäß des neu eingeführten Abs. 2a in § 23 SGB VIII ist der Beitrag zur Anerkennung der Förderleistung, den die Tagespflegeperson über das Jugendamt erhält, leistungsgerecht auszugestalten. Dabei meint leistungsgerecht vor allem die Qualifikation, Berufserfahrung und die Bereitstellung besonderer Räumlichkeiten (z. B. durch Anmietung von Wohnungen, Nutzung einer eigenen Einliegerwohnung) angemessen und zusätzlich zu honorieren.

Die Tagespflegepersonen in Marburg erhalten bereits eine angemessene und im hessenweiten Vergleich vergleichsweise hohe Vergütung. Wenn man Rahmenbedingungen und Zahlungsmodalitäten in Marburg genauer betrachtet, stellt man fest, dass den Tagespflegepersonen über das ganze Jahr ein sicheres Einkommen garantiert ist, da - anders als in anderen Städten und Landkreisen - auch in den betreuungsfreien Zeiten der Tagespflegeperson das Entgelt weitergezahlt wird.

Die Einführung eines Systems der leistungsorientierten Vergütung ist daher als ein weiterer Schritt in Richtung Verberuflichung der Tagespflege zu verstehen. Eine fundierte Qualifizierung soll - wie auch sonst im pädagogischen Bereich - zu einer höheren Vergütung führen. Es besteht eine gesetzliche Verpflichtung zur Einführung einer leistungsgerechten Vergütung, so dass der Magistrat die Einführung einer solchen leistungsgerechten Vergütung für die Tagespflegepersonen plant.

Die Entwicklung eines Konzeptes wird in enger Abstimmung mit dem Landkreis Marburg-Biedenkopf erfolgen. Da das Konzept in Stadt und Landkreis möglichst einheitlich sein sollte, kann noch kein genauer Zeitplan mitgeteilt werden.
Jedoch soll das Konzept zur leistungsorientierten Vergütung noch in diesem Jahr vorliegen und verabschiedet werden.

Ab 15:38 Uhr übernimmt die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Wölk (SPD) die Sitzungsleitung.

---

zu 4.6 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Aab (Nr. 6 3/2009)
Vorlage: VO/0181/2009

Würde es sich rechnen, den Stadtverordneten die Arbeitsunterlagen generell an Stelle der Papierform in elektronischer Form und mit einem Laptop zur Verfügung zu stellen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Bei der Beantwortung der Kleinen Anfrage ist es sicherlich ratsam, sich nicht nur auf die Frage zu beschränken, ob dies sich „rechnet". Hier geht es im Grunde genommen um einen Paradigmenwechsel in der parlamentarischen Arbeit.

Mindestens genauso wichtig wie die finanzielle Betrachtung, ist die Frage, ob eine damit verbundene Arbeitsweise grundsätzlich von den Parlamentariern befürwortet wird und sich die Parlamentarier darüber bewusst sind, was dies letztendlich für die Arbeit als Abgeordnete/r bedeuten wird.

Ein völliger Verzicht auf schriftliche Arbeitsunterlagen würde in der Konsequenz bedeuten, dass alle Informationen nur noch am Laptop/Notebook/PC gelesen werden können, bzw. bei Bedarf von jedem Parlamentarier/jeder Parlamentarierin selbst ausgedruckt werden müssten. Bei einem Verzicht auf schriftliche Arbeitsunterlagen und nur noch elektronischer Form müssten auch die technischen Voraussetzungen geschaffen werden, damit Sitzungen der Ausschüsse und des Parlaments elektronisch abgewickelt werden könnten. Ein vollkommener Verzicht auf schriftliche Unterlagen wird nach unserer Auffassung nicht möglich sein. Man denke hier nur an Bebauungspläne oder andere umfangreiche Unterlagen, die nicht direkt von der Verwaltung erstellt werden, aber an die Stadtverordneten zu verteilen sind.

Auch weitere rechtliche Fragen, wie z. B. die Vorgabe der rechtzeitigen Zustellung, die in der HGO gefordert ist, müssten bei einer elektronischen Zusendung geklärt werden.

Aufgrund der Komplexität der Frage soll an dieser Stelle nur eine kurze Beantwortung erfolgen und auf die Darlegung einer detaillierten Kostengegenüberstellung verzichtet werden. Vielmehr soll die ausführliche Beantwortung der Anfrage mit einer Kostengegenüberstellung dem Ältestenrat vorgelegt werden und zunächst dort behandelt werden.

---

zu 4.7 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Marianne Wölk (Nr. 7 3/2009)
Vorlage: VO/0182/2009

Kann der Magistrat vor dem Hintergrund der stetigen Forderung nach privaten Polizeidienstkräften Auskunft erteilen, wie sich die Personalsituation des PP Mittelhessen in den letzten Jahren entwickelt hat?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Das Polizeipräsidium Mittelhessen wurde um Stellungnahme gebeten.
Sobald die Antwort eingeht, kann die Frage beantwortet werden.

---

zu 4.8 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Marianne Wölk (Nr. 8 3/2009)
Vorlage: VO/0209/2009

Wie beurteilt der Magistrat die Frage, die Verwaltungsspitze aufgrund der Schwangerschaft einer Kollegin zu schmälern, indem man ihrer Arbeit die entsprechende Werthaltigkeit abspricht, wie es einem Zeitungsartikel zu entnehmen war?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Magistrat hat auf den Kommentar in der Oberhessischen Presse vom 18. Februar mit einem Schreiben reagiert, das alle Magistratsmitglieder unterzeichnet haben.

Außerdem hat Frau Winter vom Gleichstellungsreferat einen Brief geschrieben.
Beide Schreiben zur Information anbei.

Auf das Schreiben des Magistrats hat die Oberhessische Presse nicht reagiert.
Frau Winter hat ein Antwortschreiben des Redakteurs, der den Kommentar geschrieben hat, erhalten.

---

zu 4.9 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Wolfram Schäfer (Nr. 9 3/2009)
Vorlage: VO/0183/2009

Kann der Magistrat darüber Auskunft geben, warum die Beteiligung der Schülerinnen und Schüler der Freien Waldorfschule Marburg angeblich nicht „mehr ins pädagogische Konzept" der Schule passt?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Den Verantwortlichen des Kinder- und Jugendparlaments wurde über das Schulsekretariat der Freien Waldorfschule Marburg die Rückmeldung gegeben, dass sich das Lehrerkollegium gegen eine Teilnahme an den Wahlen zum Kinder- und Jugendparlament ausgesprochen hat.
Nach der Weitergabe dieser Information an die Medienvertreter bei der KiJuPa-Pressekonferenz am 5. März 2009 und die Veröffentlichung in der örtlichen Presse haben bereits mehrere Gespräche mit der Freien Waldorfschule stattgefunden, unter anderem mit der Elternbeiratsvorsitzenden, dem

Zuständigen für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und einem engagierten Lehrer.
Es wurde in dem Gespräch klargestellt, dass eine direkte Entscheidung des Lehrerkollegiums zur Teilnahme am Kinder- und Jugendparlament so nicht stattgefunden hat und dass die Freie Waldorfschule Marburg generell an einer Zusammenarbeit mit dem KiJuPa Marburg interessiert ist. Die oben genannte Information wird demnach von allen Beteiligten als Missverständnis bewertet und sehr bedauert.
Da durch diese Verzögerungen eine vom JBW aus organisierte Wahl an der Freien Waldorfschule in der regulären Wahlzeit vom 16.-27. März nicht mehr möglich ist (Kandidatenaufstellung, Erstellung der Stimmzettel), hat die Freie Waldorfschule diesen Vorgang in Eigenregie übernommen. Von der Schule sind inzwischen zwei Schüler für das Kinder- und Jugendparlament nominiert. Die Freie Waldorfschule Marburg und das Kinder- und Jugendparlament sehen einer Zusammenarbeit positiv entgegen.

---

zu 4.10 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Wolfram Schäfer (Nr. 10 3/2009)
Vorlage: VO/0192/2009

Kann der Magistrat darüber berichten, wie viele Unfälle es im Jahr 2008 im Bereich der Leopold-Lucas-Straße gegeben hat und wie viele Schülerinnen und Schüler dabei beteiligt waren.

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Bei der Polizei sind für den Bereich der Leopold-Lucas-Straße von der Schwanallee bis zum Zwetschenweg für das Jahr 2008 insgesamt 10 Unfälle gemeldet worden.

An den Unfällen waren 5 Schülerinnen und Schüler beteiligt, davon zwei als Radfahrer und drei als Fußgänger.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Schäfer (Bündnis 90/Die Grünen) wird ebenfalls vom Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.11 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Heinz Ludwig (Nr. 11 3/2009)
Vorlage: VO/0211/2009

Trifft es zu, dass bei der Planung der Neugestaltung der Universitätsstraße vergessen wurde, Leitungswasser-Hausanschlüsse zu verlegen, so dass im dortigen Bereich zum Teil Notanschlüsse verlegt werden müssen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Verlegung der Hausanschlüsse wurde bei der Planung und Ausführung nicht vergessen, sondern ist Teil des koordinierten Bauablaufs.

Auf der Baustelle wurde offenbar beobachtet, dass die Gas- und Wasserhausanschlüsse provisorisch über den neu gelegten Kanal verbunden wurden.
Diese „Notanschlüsse" zwischen der vorhandenen Versorgungsleitung und dem

bestehenden Hausanschlussnetz wurden aus folgenden Gründen erforderlich:

- Gewährleistung der Baufreiheit bei der Kanalverlegung
- Verkürzung der Bauzeit für die Maßnahme insgesamt
- Aufrechterhaltung der Gas- und Wasserversorgung in den Liegenschaften bis zur Neuverlegung der Versorgungsleitung

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Ludwig (MBL) wird ebenfalls von Bürgermeister Dr. Kahle beantwortet.

---

zu 4.12 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Heinz Ludwig (Nr. 12 3/2009)
Vorlage: VO/0213/2009

Trifft es zu, dass in Marburg die gleichen großen Müllcontainer mit Klappdeckel verwendet werden, die in anderen Städten bereits bei Benutzung zu erheblichen Personenschäden, ja sogar zu einem tödlichen Unfall geführt haben, weil der hochgeklappte Containerdeckel beim Entleeren des Mülls plötzlich heruntergefallen ist und unter anderem einen Jugendlichen so stranguliert hat, dass dieser erstickt ist?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Bei den in der Frage angesprochenen Containern handelt es sich um so genannte Müllgroßbehälter mit einem Volumen von 1,1 cbm. Es handelt sich jedoch nicht um Klappdeckel sondern um Schiebedeckel.

Seit dem Jahr 2001 werden diese Gefäße gemäß der europäischen Norm DIN EN 840 grundsätzlich nur noch mit einer Kindersicherung ausgerüstet ausgeliefert. Der Austausch der alten Gefäße ist gesetzlich nicht vorgeschrieben. Da es in der Vergangenheit bundesweit nur zu wenigen, vereinzelten Unfällen mit diesen Gefäßen kam, war der generelle Austausch bisher kein politisch relevantes Thema.

Gefäße dieses Volumens sind in Marburg bei allen Großwohnanlagen sowie größeren Einrichtungen und Betrieben für die Fraktionen Restmüll, Altpapier und Leichtverpackungen aufgestellt. Nach dem vorliegenden Gefäß-Kataster sind 4.468 Gefäße im Einsatz. Kurzfristig kann aber nicht genau angegeben werden, wie viele dieser Gefäße, die vor 2001 angeschafft worden sind noch im Einsatz sind. DBM wird nunmehr eine Bestandsaufnahme dieser Gefäße durchführen. Das Projekt wird ca. 1 Monat in Anspruch nehmen. Nach Informationen aus anderen Kommunen ist aber davon auszugehen, dass noch mindestens 50% der aufgestellten Gefäße vor 2001 angeschafft wurden.

Analog zu den Stadtwerken der Stadt Erfurt, wo der tragische Unfall passierte, kann der DBM die noch vorhandenen älteren Behälter mit einem gut sichtbaren Warnhinweis versehen, der vor dem Verletzungsrisiko beim Hineinlehnen in das Gefäß warnt.

Außerdem können die Wohnungsbaugesellschaften und Einrichtungen darüber informiert werden, dass es sinnvoll ist, beispielsweise mit Aushängen in den Häusern auf das potentielle Risiko für Kinder hinzuweisen und den Eltern zu empfehlen, dass sie ihre Kinder vor dem Risiko warnen und auf das richtige

Verhalten hinweisen. Dies entspricht auch den Empfehlungen der Präsidentin der Bundesarbeitsgemeinschaft „Mehr Sicherheit für Kinder".

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Ludwig (MBL) wird ebenfalls von Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

---

zu 4.13 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Michael Weber (Nr. 13 3/2009)
Vorlage: VO/0194/2009

Am 08.01.09 übergab die Bürgerinitiative Marburg-West gegen Fernstraßenbau A4 dem Marburger Oberbürgermeister Vaupel und Stadtverordnetenvorsteher Löwer eine Unterschriftenliste gegen den Bau der inzwischen als „Bundesfernstraße Olpe-Hattenbach" bezeichneten A4. Wie positioniert sich der Magistrat zu dieser Unterschriftenliste und was ist der Stand der in diesem Zusammenhang zu sehenden Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vom 02.11.07 bezüglich dieser Bundesfernstraße?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Von Seiten des Bundes, der beteiligten Länder und auch des Landes Hessen wurde wiederholt bestätigt, dass die sog. Südvariante einer Bundesfernstraße Olpe/Hattenbach, die auch über Marburger Gebiet geführt hätte, nicht mehr weiterverfolgt wird. Auch die Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und FDP auf Landesebene legt sich eindeutig auf die Nordtrasse fest (S. 25/26): „Wir werden uns weiter für Planung und Bau einer Bundesfernstraße Olpe-Hattenbach als leistungsfähige und kreuzungsfreie Fernstraßenverbindung einsetzen und treten mit Nachdruck für die Aufnahme dieses Vorhabens in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans ein. Da die Trassenführung im nördlichen Korridor aufgrund der verkehrlichen Wirkung den höchsten Nutzen aufweist, werden wir die nun folgenden Untersuchungen und Planungsbeiträge ausschließlich auf eine Realisierung der Straßenverbindungen im Nordkorridor ausrichten." Der Magistrat nimmt nicht Stellung zu Planungen, die weder die Stadt noch die Region Marburg berühren.

Hinsichtlich der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vom 02.11.2007 (VO/1814/2007) hat der Magistrat in der Fragestunde der Stadtverordnetenversammlung am 29.08.2008 unter Frage 20 der Stadtverordneten Oppermann (CDU) geantwortet:

„Nachdem die Stadtverordnetenversammlung den o. a. Beschluss gefasst hatte, wurde bekannt, dass die sog. Südvariante, die auch über Marburger Gebiete geführt hätte, von Seiten des Bundes und der beteiligten Länder nicht weiterverfolgt werde. Der Magistrat hatte sich daraufhin über den Stadtverordnetenvorsteher an den Ältestenrat gewandt. Dieser hat in seiner Sitzung am 13. Dezember 2007 die Sachlage erörtert und festgestellt, dass die gefassten Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zur Machbarkeitsstudie als erledigt angesehen werden können."

Zusatzfragen der Stadtverordneten Becker (SPD) und Oppermann (CDU) werden ebenfalls von Oberbürgermeister Vaupel beantwortet.

zu 4.14 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Michael Weber (Nr. 14 3/2009)
Vorlage: VO/0221/2009

Der Verein "Wohnen im Eigentum - die Wohneigentümer" hat im Jahre 2008 mit Förderung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) eine Marktübersicht zum Energiecontracting für Wohneigentümergemeinschaften und Hauseigentümer erstellt. Die Stadtwerke Marburg erhielten im Rahmen dieser Übersichtserstellung wie viele andere Unternehmen eine Anfrage über ihre Contractingangebote. Die Stadtwerke haben die Anfrage nicht beantwortet. Auch telefonische Nachfragen führten zu keiner Antwort. Wie beurteilt der Magistrat dieses Verhalten der Stadtwerke in einem zukunftsträchtigen Markt?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Stadtwerke Marburg haben dem Magistrat folgende Stellungnahme übermittelt:

„Die Stadtwerke Marburg erhalten eine Vielzahl von Anfragen zu Ihren Aktivitäten, die manchmal für Forschungszwecke, zu statistischen Zwecken oder wie in diesem Fall für eine Marktübersicht gedacht sind.
Solche Anfragen werden zunächst über alle Unternehmen gestreut (in der Kategorie Stadtwerke sind dies in Deutschland ca. 900).

Die Anfragen sind im Sinne einer ökonomischen Abwicklung so gestaltet, dass eine Beantwortung für den Fall erbeten wird, in dem das angefragte Unternehmen in der Branche überhaupt tätig ist.

Die Stadtwerke Marburg bieten zurzeit keinerlei Form von Energiecontracting an, sondern beschäftigen sich im Bereich der Wärmeversorgung mit der Übernahme der Anlagen und dem Abschluss entsprechender Wärmelieferungsverträge.
Ziel dieser Maßnahme ist es dann, über den Zusammenschluss entsprechender Abnehmer, zum Beispiel über ein Nah- und Fernwärmenetz, das Potential für den Bau und Betrieb einer Kraft-Wärme-Kopplungs- oder Biomassefeuerungsanlage zu erhalten.

Alle Projekte der Stadtwerke Marburg in diesem Zusammenhang basieren auf reinen Wärmelieferungsverträge ohne jedwede Grundpreise oder Contractingraten. Dies bietet vor allen Dingen für den Wärmekunden die wichtige Option, bei allen nachzurüstenden Energiesparmaßnahmen im vollen Umfang partizipieren zu können, was bei fixen Contractingraten / Grundpreisen nicht möglich ist.

Aus oben genannten Gründen war die Abfrage für die Stadtwerke Marburg nicht zutreffend und eine Beantwortung im Sinne einer effizienten Abwicklung für den Ersteller der Marktübersicht unzweckmäßig.
Bei dem anhängenden Hinweis auf eine telefonische Anfrage ist eine Überprüfung nicht möglich, da kein Hinweis gegeben wird, wer, wann mit wem gesprochen hat und der Hinweis auf das Gesprächsergebnis „führte zu keiner Antwort“ weder plausibel noch verifizierbar ist.

Festgestellt werden kann auf jeden Fall, dass von dem zuständigen Bereichsleiter

für die Erzeugungsanlagen kein solches Telefonat geführt wurde.“

Diesen Ausführungen schließt sich der Magistrat an.

---

zu 4.15 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Halise Adsan (Nr. 15 3/2009)
Vorlage: VO/0214/2009

Die Stadtverordnetenversammlung forderte in der Sitzung am 15. Februar 2008 bei Enthaltung der FDP-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses den Magistrat auf, die Straßenbeleuchtung punktuell bei manchen Neuinstallationen oder im Ausnahmefall probeweise mit LED-Leuchtmitteln auszuführen. Wie viele Lampen der städtischen Straßenbeleuchtung wurden mit LED-Leuchtmitteln ausgerüstet, wo ist deren Standort und welche Erfahrungen konnten mit dieser Beleuchtung gesammelt werden?

Da die Fragestellerin nicht anwesend ist, wird die Kleine Anfrage schriftlich mit dem Protokoll beantwortet:

Auf die Anfrage bezüglich der Neu-Ersatzaufstellung von LED-Straßenleuchten muss zur Zeit festgestellt werden, dass zum heutigen Zeitpunkt kein Produkt auf dem Markt angeboten wird, das wirtschaftlich vertretbar ist, noch von der Effizienz gegenüber moderner Leuchtmittel einen Vorteil bietet.
Die zurzeit verfügbaren LED-Leuchten werden ausschließlich für Nebenstraßen empfohlen. Da die Stadtwerke Marburg im Auftrag der Stadt Marburg im letzten Jahr die Umrüstung von dem Leuchtmittel HQL auf NAV im gesamten Stadtgebiet fertig gestellt haben, haben sich hierdurch schon erhebliche Energieeinsparungen ergeben.
Die Versuche mit LED-Leuchten in den Städten Düsseldorf und Darmstadt sind Pilotprojekte. Es ist davon auszugehen, dass bis 2012 eine alltagstaugliche Leuchte auf den Markt kommt.
Die Stadtwerke Marburg schlagen deshalb vor, noch auf Ergebnisse der oben genannten Projekte zu warten, um serienreife Produkte mit einer effizienten LED-Technik in der Straßenbeleuchtung einzusetzen.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

---

zu 4.16 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Halise Adsan (Nr. 16 3/2009)
Vorlage: VO/0184/2009

Ist dem Magistrat bekannt, dass auf den Schrägparkplätzen in der Frankfurter Straße (von Haus-Nr. 66 bis zur Sonnenapotheke, auf der Straßenseite der Apotheke) parkende Autos in der Regel über die Parkmarkierung hinausragen und auf diese Weise den Gehweg beengen? Mit welchen Maßnahmen wird der Magistrat das Passieren des Gehweges insbesondere für Personen mit Kinderwagen und Rollatoren an dieser Stelle erleichtern?

Da die Fragestellerin nicht anwesend ist, wird die Kleine Anfrage schriftlich mit dem Protokoll beantwortet:

Die Parkplätze wurden schräg zur Fahrbahn angelegt, weil in der Frankfurter Straße der Parkdruck besonders hoch und die zur Verfügung stehende Fläche begrenzt ist.

Wie in anderen Bereichen im Stadtgebiet kommt es immer wieder zu Parkverstößen. Wird die Parkmarkierung überschritten, so dass z. B. Personen mit Kinderwagen nicht passieren können, werden Verwarnungen ausgesprochen und Fahrzeuge abgeschleppt.

Die Kontrollen der Ordnungspolizei werden intensiviert.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

---

zu 4.17 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Ulrich Rausch (Nr. 17 3/2009)
Vorlage: VO/0186/2009

Leuchtstofflampen einschließlich der Energiesparlampen müssen als Sondermüll entsorgt werden. Gibt es genügend Sammelstellen?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

In Marburg gibt es zwei Abgabemöglichkeiten für Leuchtstofflampen:

1. Die Firma INTEGRAL Recyclinghof in Cappel in der Umgehungsstraße 7 nimmt an Werktagen von 7.30-18.00 Uhr und samstags von 9.00-13.00 Uhr diese Leuchtmittel kostenlos entgegen.

2. Das Schadstoffmobil des Betriebs für Abfallwirtschaft des Landkreises parkt jeden ersten Samstag im Monat von 10.00-12.00 Uhr auf dem Parkplatz am Landratsamt „Im Lichtenholz" und sammelt auch diese Sonderabfälle ebenfalls kostenlos ein.

Zur verbesserten Information der Marburger Bürgerinnen und Bürger bereitet der Fachdienst Umwelt aktuell eine Informationsbroschüre zum Thema „Sonderabfall" vor. In diesem Rahmen wird das Thema der Entsorgung von Leuchtstoffröhren auch behandelt werden.

---

zu 4.18 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth-Sperling (Nr. 18 3/2009)
Vorlage: VO/0222/2009

Wie weit sind die Bemühungen der Stadt gediehen, die Bahn AG dazu zu veranlassen, an den Zugängen zu den Bahnsteigen vom Ortenbergsteg aus Hinweisschilder anzubringen, die den jeweiligen Bahnsteig ausweisen, und was ist aus einer älteren Ankündigung von Bürgermeister Dr. Kahle geworden, dass, wenn die Bahn diese nicht anbringen werde, die Stadt Marburg dies in eigener Regie übernimmt?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Gespräche mit der Bahn AG Station und Service haben ergeben, dass die Bahn kein Interesse an einer hinweisenden Beschilderung für Ihre Bahnkunden auf dem Ortenbergsteg hat, da sie dies als entbehrlich einstuft. Es bestehen jedoch keine grundsätzlichen Bedenken, wenn die Stadt Marburg von sich aus eine Hinweisbeschilderung anbringt.

Es wurde deshalb vom Magistrat eine Hinweisbeschilderung für alle Bahnsteigzugänge an den Spindeltreppen und am Aufzug in Auftrag gegeben, die in den nächsten Tagen angebracht wird.

---

zu 4.19 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Birgit Schäfer (Nr. 19 3/2009)
Vorlage: VO/0216/2009

Wie weit sind die Planungen des Magistrats über die Austragungsplätze für Public Viewing bei der Fußball-Weltmeisterschaft 2010 gediehen und welche Bedeutung hat dort die Turnhalle der ehemaligen Jägerkaserne.

Es antwortet der Oberbürgermeister:

In der Sitzung des Schul- und Kulturausschusses am 20.11.2008 wurde vom Fachdienstleiter Sport zusammen mit Frau Dr. Weinbach zu dem Antrag Stellung bezogen.

Im Anschluss daran wurde der Antrag von der Fraktion Marburger Linke zurückgezogen.

Gleichzeitig wurde zugesagt, im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft 2010 zu gegebener Zeit über die weitere Entwicklung zum Thema Public Viewing im Schul- und Kulturausschuss zu berichten.

Derzeit gibt es gegenüber dem 20.11.2008 keine neuen Erkenntnisse. Die Sanierung der Turnhalle hat mittlerweile begonnen. Gebaut werden für die Schul- und Vereinsnutzung von einander getrennte Sanitärbereiche.

Der Fachdienst Sport geht grundsätzlich weiterhin davon aus, dass im Bedarfsfall Public Viewing Übertragungen möglich sind.

Zwei Zusatzfragen des Stadtverordneten Prof. Fülberth (Marburger Linke) werden ebenfalls vom Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.20 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth-Sperling (Nr. 20 3/2009)
Vorlage: VO/0223/2009

Der Bauträger der so genannten Studentenwohnanlage Erlenring 13 bietet weiterhin dort Wohnungen an, ohne auf die Tatsache hinzuweisen, dass ein erheblicher Teil dieser Wohnungen parkplatzfrei sein wird. Wie erklärt sich der Magistrat diese Tatsache?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Für den Inhalt von Anzeigen bzw. Werbeschriften ist der Magistrat der Stadt Marburg nicht verantwortlich.

Mit Baugenehmigung vom 19.12.2008 wurde die Errichtung von 3 Wohnappartementhäusern mit integrierten zweigeschossigem Parkdeck genehmigt. Von den insgesamt 143 Wohnappartements wurden die Pkw-Stellplätze errichtet. Für die verbleibenden 87 Wohnappartements wurden die Pkw-Stellplätze auf dem Baugrundstück planmäßig nachgewiesen.

Die künftigen Eigentümer von den 56 Wohnungen sind durch die öffentlich-rechtliche Sicherung (Baulasterklärung) sowie durch eine Grundbucheintragung, die der Investor vornehmen lässt, verpflichtet, die Wohnungen ohne Besitz eines Autos zu bewohnen. Durch diese Sicherungsinstrumente wird gewährleistet, dass ungeachtet der Werbeschriften des Bauträgers Zuwiderhandlungen rechtlich jederzeit geahndet werden können.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Schwebel (FDP) und Prof. Fülberth (Marburger Linke) werden ebenfalls von Bürgermeister Dr. Kahle beantwortet.

---

zu 4.21 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Birgit Schäfer (Nr. 21 3/2009)
Vorlage: VO/0193/2009

Wie ist der Stand der Diskussion und Planung um die Zukunft des Waggonhallen-Geländes?

Es antworten Bürgermeister Dr. Kahle und Stadträtin Dr. Weinbach:

Das Waggonhallengelände ist eingebunden in die städtebauliche Entwicklung sämtlicher entbehrlicher Bahnflächen am Ortenberg (siehe dazu auch Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan Nr. 6/12 vom Juni 2007 mit Freiraum- und Erschließungskonzept). Eine wichtige Voraussetzung für weitergehende Planungsschritte und Planungssicherheit böte die formelle Freistellung der Flächen des Waggonhallenareals aus dem Fachplanungsrecht. Im Gegensatz zu anderen ehemaligen Bahnflächen, beispielsweise im Bereich des Jägertunnels, ist das hier noch nicht geschehen.

Mit dem Eigentümer des Waggonhallenareals (Aurelis) und den nördlich angrenzenden Bahnflächen (DB-Netz) laufen zurzeit Verhandlungen, wie einerseits die Liegenschaften im Waggonhallenareal wirtschaftlich - und vorrangig durch verschiedene Initiativen und Vereine -genutzt werden können, andererseits aber auch elementare Erschließungsvoraussetzungen in Richtung Ortenbergsteg/Alte Kasseler Straße auf den Flächen eines anderen Eigentümers hergestellt werden können.

Abschließend muss betont werden, dass erfolgversprechende Verhandlungen mit dem privatwirtschaftlichen Unternehmen Aurelis nur Aussicht auf (Umsetzungs-) Erfolg haben, wenn immobilienwirtschaftliche Standards eingehalten werden können.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Schäfer (Marburger Linke) und Schwebel

(FDP) werden ebenfalls durch Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

---

zu 4.22 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Hermann Uchtmann (Nr. 22 3/2009)
Vorlage: VO/0224/2009

Wegen der engen Zusammenarbeit zwischen Stadt und Universität wäre es sinnvoll, wenn die Multimediainstallation in der Stadthalle identisch bzw. kompatibel mit der des Hörsaalgebäudes der Universität ist.
Ist im Rahmen der Renovierung der Stadthalle dieses Problem angedacht?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Der Planungsprozess ist noch nicht soweit gediehen, dass solche Details bearbeitet werden können. Die Anregung wird berücksichtigt und auf Umsetzung geprüft.

---

zu 4.23 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Reinhold Becker (Nr. 23 3/2009)
Vorlage: VO/0225/2009

Wurden von Seiten der Ortsbeiräte die Mittel für den Feldwegebau in 2008 alle verbaut? Wenn nein, welche Ortsbeiräte haben sie noch nicht verbaut?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die zur Verfügung gestellten Mittel für den Feldwegebau im Haushaltsjahr 2008 sind nicht in vollem Umfang ausgegeben worden. Nur in den Stadtteilen Ockershausen, Haddamshausen und Marbach wurde die zur Verfügung stehenden Summen vollständig ausgegeben, alle übrigen Ortsbeiräte sparen für größere Reparaturen an.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Ludwig (MBL) und Aab (SPD) werden vom Oberbürgermeister Vaupel und Bürgermeister Dr. Kahle beantwortet.

Um 16:14 Uhr übernimmt wieder Stadtverordnetenvorsteher Löwer (SPD) die Sitzungsleitung.

---

zu 4.24 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Hannelore Gottschlich (Nr. 24 3/2009)
Vorlage: VO/0217/2009

Ist es richtig, dass den Anwohnern der Weintrautstraße ein weiteres Bürgergespräch für den Monat Februar zugesagt wurde, das aber nicht stattgefunden hat?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Ein Termin für ein weiteres Bürgergespräch wurde auf der Veranstaltung am

17.11.2008 nicht festgelegt.

Die Resonanz auf die im FD Stadtplanung öffentlich ausliegenden beiden Entwurfsvarianten war verhalten. Lediglich einige der unmittelbar benachbarten Anwohner hatten die Planung eingesehen und Bedenken hinsichtlich der Höhe der Gebäude geäußert.

Anregungen, die in dieser Planungsphase ein erneutes Bürgergespräch erfordert hätten, gab es nicht.

Ein weiterer Gesprächstermin wird deshalb im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplans, als frühzeitige Beteiligung der Bürger, stattfinden.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Gottschlich (CDU) wird ebenfalls von Bürgermeister Dr. Kahle beantwortet.

---

zu 4.25 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Hannelore Gottschlich (Nr. 25 3/2009)
Vorlage: VO/0218/2009

Wann sollen die Arbeiten in der Weintrautstraße beginnen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Ein Termin für den Beginn der Arbeiten in der Weintrautstraße kann noch nicht genannt werden.

In der 13. Kalenderwoche wurde der Auftrag für den Bebauungsplan an ein Planungsbüro vergeben.

---

zu 4.26 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 26 3/2009)
Vorlage: VO/0219/2009

Wie viele und welche Straftaten ereigneten sich in den letzten 3 Jahren an Marburger Schulen und welche Konsequenzen hatte dies für die Schüler/innen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Zahlen der bei der Polizei registrierten Straftaten an Marburger Schulen stellen ohne Kommentierung eine unrealistische Situation dar.

Das Polizeipräsidium Mittelhessen bietet an, die Zahlen einer Gruppe der Stadtverordneten in der Polizeidirektion Marburg bekannt zu geben und zu erläutern.

---

zu 4.27 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 27 3/2009)
Vorlage: VO/0226/2009

Wie oft und in welchen Fällen wurde das Jugendamt in den letzten 3 Jahren auf Hinweise der Marburger Schulen tätig und wie gestaltete sich - in diesen Fällen - die Zusammenarbeit mit den Schulen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Zusammenarbeit mit den Marburger Schulen findet auf unterschiedlichste Weise statt. Für gewöhnlich sind wir in der Hauptzahl der Fälle in einer fallbezogenen kontinuierlichen Kooperation mit den entsprechenden Schulen. Dies mag im Zusammenhang mit einzurichtenden oder bereits eingerichteten Hilfen der Fall sein oder aber im Zusammenhang mit Beratungen von Personensorgeberechtigten im Themengebiet der Unterstützung der Erziehung in der Familie im Rahmen des § 16 SGB VIII. In diesen Fällen - die letztendlich die sozialpädagogische Praxis ausmachen - wird diese Zusammenarbeit nicht dezidiert als statistisches Merkmal erfasst. Sie gehört zur fallbezogenen Vernetzung im Einzelfall.

Anders gestaltet sich die Situation im Bereich der Gefährdungsmeldungen bezogen auf den Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung gem. § 8a SGB VIII. Hier wird erfasst in welchem Umfang Meldungen von Schulen eingehen, die Hinweise auf Kindeswohlgefährdung enthalten.

Im Jahr 2006 haben sich Marburger Schulen in 4 von insgesamt 49 Fällen mit Gefährdungshintergrund an das hiesige Jugendamt gewendet. Im Jahr 2007 handelte es sich um 11 von insgesamt 77 solcher Fälle. Im Jahr 2008 schließlich haben Marburger Schulen in 6 von 97 Gefährdungsfällen Hinweise an das Stadtjugendamt weitergegeben.

Auch hier ist die Qualität und Intensität der Zusammenarbeit vom Erfordernis des Einzelfalls entsprechend beeinflusst. Es hängt stark davon ab, welcher Art die Gefährdungsmomente sind und wo bzw. in welchem Kontext sie auftreten. Daran machen sich die Rollen und Aufgaben der Akteure fest und können somit höchst unterschiedlich sein. Es geht prinzipiell jedoch darum, ein Netz von Schutzfaktoren zu knüpfen und die jeweiligen Akteure an ihren jeweiligen Wirkungsstätten zum Schutz des Kindes oder Jugendlichen in Kontakt und Austausch relevanter Informationen bezüglich der Situation und der weiteren Dynamik des Einzelfalls einzubinden.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Severin (SPD) wird ebenfalls von Bürgermeister Dr. Kahle beantwortet.

---

zu 5 Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2008
Vorlage: VO/0147/2009

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) und Göttling (Bündnis 90/Die Grünen). Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

01. Der im Unterabschnitt 7200 "Müllabfuhr" entstandene Überschuss in Höhe von 526.049,62 € wird der Gebührenausgleichsrücklage "Müllabfuhr" zugeführt (Anlage 1).

02 Im Verwaltungshaushalt werden im Rahmen der Budgetierung für die Schulbudgets Haushaltsausgabereste in Höhe von 39.615,34 € gebildet (Anlage 2).

03. Die im Budgetbericht ausgewiesenen Budgetüberschreitungen werden innerhalb der Dezernatsbudgets bzw. innerhalb des Gesamtbudgets aller Dezernate ausgeglichen (Anlage 3).

04. Im Vermögenshaushalt werden für die Schulbudgets Haushaltsausgabereste in Höhe von 24.405,23 € gebildet (Anlage 4).

05. Haushaltseinnahmereste werden nicht gebildet.

06. Der Allgemeinen Rücklage wird der verbleibende Überschuss des Vermögenshaushalts in Höhe von 30.392.052,13 € zugeführt.

07. Aus dem Überschuss des Vermögenshaushaltes ist eine außerordentliche Tilgung von Krediten in Höhe von 4.236.856,00 € über den Haushaltsplan 2009 im Vorgriff auf einen Nachtragshaushalt 2009 vorzunehmen.

08. Dem Stiftungskapital der Adolf- und Luisa-Haeuser-Stiftung werden 10 % des Zinsertrages 2008 in Höhe von 7.447,11 € zugeführt.

09. Unter Berücksichtigung der Beschlüsse Nr. 1 bis 3 und 8 schließt der Verwaltungshaushalt mit einem Volumen von 219.672.180,01 € ausgeglichen ab.

10. Unter Berücksichtigung der Beschlüsse Nr. 1 bis 9 schließt der Vermögenshaushalt mit einem Volumen von 67.078.204,12 € ausgeglichen ab.

---

zu 6 Sonderinvestitionsprogramm des Landes Hessen und Konjunkturpaket II des Bundes
hier: Maßnahmenkataloge der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/0090/2009

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss hat die Vorlage ausführlich beraten. Der Oberbürgermeister hat im Haupt- und Finanzausschuss ergänzend mitgeteilt, dass das Förderkontingent der Bundesmittel (Seite 28 und 30 der Vorlage) von 7.449.000 Euro um 600 Euro auf 7.448.400 Euro nach unten korrigiert werden muss. Im Übrigen empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Die Vorlage ist auch im Schul- und Kulturausschuss beraten worden. Es berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung ebenfalls die Zustimmung zur Vorlage.

Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister.

Nach den Ausführungen des Oberbürgermeisters beantragt der Stadtverordnete Stompfe (CDU) die Aufnahme folgender Protokollnotiz:

"Die CDU-Fraktion hat die Äußerungen von Oberbürgermeister Vaupel zur Kenntnis genommen und erwartet auch in naher Zukunft, dass zielführende Gespräche mit der Schule geführt werden."

Nach diesen Ausführungen bittet auch der Oberbürgermeister um Aufnahme der folgenden Protokollnotiz in die Niederschrift:

"Ich bitte aufzunehmen ins Protokoll, dass es meiner Auffassung nach bei der Protokollnotiz um Herrn Stompfe geht. Mir geht es um die Schülerinnen und Schüler."

Der Stadtverordnetenvorsteher sagt zu, dass beide Notizen in die Niederschrift aufgenommen werden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. **Die Universitätsstadt Marburg beteiligt sich mit den im beigefügten Maßnahmekatalog I aufgeführten Schulen und schulübergreifenden Lernorten am Förderkontingent für die kommunalen Schulträger.**

2. **Die Universitätsstadt Marburg beteiligt sich mit den im beigefügten Maßnahmekatalog II aufgeführten Investitionen am Förderkontingent für sonstige kommunale Infrastrukturmaßnahmen.**

3. **Die im Maßnahmekatalog III aufgelisteten Vorhaben, die nicht originär kommunale Aufgaben sind, werden wegen ihrer Bedeutung für die Stadt bei Bund und Land zur Umsetzung aus dem jeweiligen Konjunkturförderungsprogramm beantragt.**

---

zu 7 **Einrichtung einer Kinderkrippe auf dem Grundstück Erlenring 13**
Vorlage: VO/0827/2008

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Sozialausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter

Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Mittelfreigabe für den Ankauf von Räumlichkeiten für die Einrichtung von weiteren 2 Gruppen für die Universitäts-Kindertagesstätte (Uni-Kita) in Trägerschaft des Studentenwerks Marburg (Kinderkrippe Erlenring 13) wird zugestimmt.

---

zu 8 **Forensikbeirat**
Hier: Entsendung eines Mitgliedes der Fraktion Marburger Linke
Vorlage: VO/0094/2009

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Kolter (Marburger Linke). Der Wahlvorbereitungsausschuss hat sich mit der Angelegenheit in seiner heutigen Sitzung befasst. Die Fraktion Marburger Linke hat das Fraktionsmitglied Stadtverordnete Astrid Kolter für den Forensikbeirat vorgeschlagen. Der Wahlvorbereitungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung diesem Vorschlag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnete Astrid Kolter wird als Fraktionsmitglied der Fraktion Marburger Linke als ordentliches Mitglied in den Forensikbeirat entsandt.

---

zu 9 **Bauleitplanung der Stadt Marburg**
Vorranggebiete für Windenergienutzung - Abweichungsverfahren vom Regionalplan
Vorlage: VO/0890/2008

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Vorlage ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken sowie Nein-Stimmen von CDU und MBL und bei Enthaltung der FDP-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt,

a) die aktuellen Möglichkeiten weiterer Windkraftstandorte in Marburg darzustellen und

b) vorbereitende Planungen für ein Abweichungsverfahren vom Regionalplan mit den beiden in der Anlage dargestellten Wald-

Flächen östlich von der Kernstadt zum Zwecke der Aufnahme als „Vorranggebiete für Windenergienutzung“ durchzuführen.

---

zu 10 Richtlinie der Universitätsstadt Marburg zur Förderung von solarthermischen Anlagen
Vorlage: VO/0895/2008

Die Vorlage ist im Umweltausschuss, Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften und im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichten die jeweiligen Vorsitzenden. Die Ausschüsse empfehlen der Stadtverordnetenversammlung eine Änderung der Beschlussvorlage und zwar wie folgt:

"Die Vorlage wird dahingehend geändert, dass in Punkt 1 „Ziel der Förderung" im 1. Satz in der Klammer vor dem Wort Solarsatzung eingefügt wird: „- Siehe Anlage 1, §§ 4, 5 und 9 der.....". Zusätzlich sollen die §§ 4, 5 und 9 des Entwurfs der Solarsatzung als Anlage 1 beigefügt werden. Weiterhin ist in der Magistratssitzung am 09.03.2009 ebenfalls im Punkt 1 „Ziel der Förderung" im 1. Satz das Wort „Regelungen" durch das Wort „Kriterien" sowie im 3. Satz das Wort „Voraussetzungen" durch das Wort „Kriterien" ersetzt worden. "

In dieser Fassung empfehlen die Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Der Stadtverordnete Stompfe hat im Haupt- und Finanzausschuss die folgende Erklärung zu Protokoll gegeben:

"Die CDU-Fraktion stimmt der Förderung solarthermischer Anlagen ausdrücklich zu. Die CDU-Fraktion erachtet den Zwang durch die mehrheitlich beschlossene sog. Solarsatzung nach wie vor für politisch falsch und juristisch nicht zulässig. Ebenso hält es die CDU-Fraktion für nicht richtig, dass durch den vorgelegten Entwurf der Förderrichtlinien der Eindruck erweckt wird, die Förderungen wären von der Solarsatzung abhängig oder es gäbe auch nur einen Zusammenhang zwischen der rechtlich wie politisch umstrittenen Solarsatzung und den beabsichtigten Förderungen. Die CDU-Fraktion stimmt der Vorlage aber zu, weil die Förderung von (freiwillig errichteten) Solarenergieanlagen richtig ist, obwohl wir die technische Umsetzung in der Vorlage (Bezugnahme der Richtlinien auf Regelungen aus der Solarsatzung) für falsch halten."

Anmerkung: Der Auszug aus der Niederschrift des Haupt- und Finanzausschusses wurde allen Stadtverordneten zur Information auf die Tische gelegt.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die geänderte Fassung der Vorlage abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die in der Anlage dargestellte Richtlinie zur Förderung von solarthermischen Anlagen wird in der geänderten Fassung beschlossen.

---

zu 11 Bericht "Kindertagespflege 2008" und Erhöhung der kommunalen Zuschüsse an Tagespflegepersonen rückwirkend ab dem 1. Januar 2009
Vorlage: VO/0007/2009

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zur wie folgt geänderten Vorlage:

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg wird gebeten, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg nimmt den 2. Bericht Kindertagespflege 2008 zustimmend zur Kenntnis.

2. Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg stimmt einer Erhöhung der kommunalen Zuwendungen an die Tagespflegepersonen für jedes betreute Kind U3 um 75 € bis 160 € je nach wöchentlicher Betreuungsdauer zu.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg nimmt den 2. Bericht Kindertagespflege 2008 zustimmend zur Kenntnis.

2. Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg stimmt einer Erhöhung der kommunalen Zuwendungen an die Tagespflegepersonen für jedes betreute Kind U3 um 75 € bis 160 € je nach wöchentlicher Betreuungsdauer zu.

---

zu 12 Bauleitplanung der Stadt Marburg
Bebauungsplan Nr. 6/7-1. Änderung Gewerbegebiet Messegelände
- Satzungsbeschluss gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB)
Vorlage: VO/0034/2009

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet der Vorsitzende Stadtverordneten Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Die Schreiben mit Anregungen werden zur Kenntnis genommen. Den jeweilig zugehörigen Einzelstellungnahmen/Abwägungsvorschlägen wird zugestimmt.
2. Die bauordnungsrechtlichen Gestaltungsvorschriften gemäß § 81 (1) Hessische Bauordnung (HBO) werden gemäß § 9 (4) BauGB als Festsetzung in den Bebauungsplan aufgenommen.
3. Der Bebauungsplan Nr. 6/7-1. Änderung wird unter Bezug auf die folgende Begründung als Satzung beschlossen.

---

zu 13 Vereinbarung mit der Ev. Sucht- und Drogenberatungsstelle über das Leistungsangebot "Hart am Limit (HaLT) – Reaktiver Baustein" zur Alkoholprävention
Vorlage: VO/0140/2009

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Sozialausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg stimmt der „Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung mit der Ev. Sucht- und Drogenberatungsstelle (Diakonisches Werk Oberhessen) für das Modul des HaLt-Projektes „Reaktiver Baustein“ zu.

---

zu 14 Vereinbarung mit der Jugendkonflikthilfe Marburg e.V. (JUKO) über das Leistungsangebot "Präventive Pädagogische Präsenz" (P3) zur Gewaltprävention
Vorlage: VO/0144/2009

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Sozialausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg nimmt den Entwurf der „Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung mit der Jugendkonflikthilfe Marburg e.V. (JUKO) über das Leistungsangebot „Präventive Pädagogische Präsenz“ (P^3) zur Gewaltprävention zur Kenntnis.

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird auf der Grundlage der Vorlage beauftragt, die Konzeption und die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung mit der JUKO zu konkretisieren und umzusetzen.

---

zu 15 Dringlichkeitsanträge

Es liegen keine Vorlagen zur Beschlussfassung vor.

zu 16 Anträge des Kinder- und Jugendparlaments

zu 16.1 Antrag des KiJuPa - Aufstellung eines "Blitzers" vor der OUS in der Schulstraße
Vorlage: VO/0084/2009

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Die Vorlage ist im Umweltausschuss nach ausführlicher Diskussion wie folgt geändert worden:

"Die Straßenverkehrsbehörde soll vor der Otto-Ubbelohde-Schule in der Schulstraße regelmäßig mobile Verkehrskontrollen durchführen."

In dieser Fassung empfiehlt der Ausschuss die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Straßenverkehrsbehörde soll vor der Otto-Ubbelohde-Schule in der Schulstraße regelmäßig mobile Verkehrskontrollen durchführen.

zu 16.2 Antrag des KiJuPa - Verkehrspolitik des Magistrats
Vorlage: VO/0085/2009

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antrag ist im Umweltausschuss auf folgende Fassung abgeändert worden:

"Der Magistrat möge die Verkehrspolitik überdenken und im Sinne der Umwelt und aller Verkehrsteilnehmer möglichst viele Kreisverkehre in der Stadt Marburg bauen lassen, soweit dadurch die Belange schwächerer Verkehrsteilnehmer mit berücksichtigt werden."

In dieser Fassung empfiehlt der Umweltausschuss die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat möge die Verkehrspolitik überdenken und im Sinne der Umwelt und aller Verkehrsteilnehmer möglichst viele Kreisverkehre in der Stadt Marburg bauen lassen, soweit dadurch die Belange schwächerer Verkehrsteilnehmer mit berücksichtigt werden.

zu 16.3 Antrag des KiJuPa - Einsatz eines weiteren Busses für die Linie 11 b
Vorlage: VO/0086/2009

Wie Vorlage wurde ebenfalls im Umweltausschuss beraten und zurückgestellt, bis der Regionale Verkehrsverband Marburg eine Stellungnahme abgegeben hat.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.

---

zu 17 Anträge der Fraktionen

---

zu 17.1 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Änderung der Satzung und der Geschäftsordnung des Beirats für Stadtgestaltung
Vorlage: VO/0030/2008

Der Antrag wurde eingangs der Sitzung an den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften zur weiteren Beratung überwiesen. Zu dem Antrag liegt ein Änderungsantrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vor.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zur Mai-Sitzung.

---

zu 17.2 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Beschlusskontrolle
Vorlage: VO/0023/2009

Der Antrag wurde im Haupt- und Finanzausschuss beraten und zurückgestellt bis zur Mai-Sitzung des Ausschusses.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zur Mai-Sitzung.

---

zu 17.3 Antrag der CDU-Fraktion betr. Frühstück im Projekt "offener Anfang" der RGS
Vorlage: VO/0056/2009

Der Antrag wurde eingangs der Sitzung an den Schul- und Kulturausschuss zur weiteren Beratung überwiesen.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zur Mai-Sitzung.

---

zu 17.4 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Bauentwicklung in den Marburger Stadtteilen
Vorlage: VO/0067/2009

Der Antrag wurde im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften zurückgestellt bis zur Mai-Sitzung.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis zur Mai-Sitzung.

---

zu 17.5 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Schutz der historischen Altstadt
Vorlage: VO/0068/2009

Der Antrag wurde im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften zurückgestellt bis zur Mai-Sitzung.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis zur Mai-Sitzung.

---

zu 17.6 Antrag der Fraktionen SPD/B90/Die Grünen betr. Medizin- und Hygienetechnik im Gebäude der Augenklinik
Vorlage: VO/0087/2009

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Im Bau- und Planungsausschuss wurde der Antragstext einvernehmlich dahingehend geändert, dass an Stelle der Passage "eines Fachbereiches Medizin-" die Passage "der Krankenhaus-" gesetzt wird. In dieser Fassung empfiehlt der Bau- und Planungsausschuss die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt den Magistrat bei der Fortsetzung der Gespräche mit dem Land Hessen, der Philipps-Universität Marburg und der Fachhochschule Gießen-Friedberg über die zukünftige Ansiedlung der Krankenhaus- und Hygienetechnik der FH Gießen-Friedberg im 2011 geräumten Gebäude der Augenklinik.

---

zu 17.7 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Fahrradstation am Marburger Hauptbahnhof
Vorlage: VO/0092/2009

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird aufgefordert, in Abstimmung mit der Deutschen Bahn AG zu prüfen, wie und wo im Rahmen der Umgestaltung

des Bahnhofsumfeldes eine Fahrradstation (mit Service) realisiert werden kann.

---

zu 17.8 Antrag der MBL-Fraktion betr. Behindertenparkplatz in der Gutenbergstraße
Vorlage: VO/0093/2009

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob in der Gutenbergstrasse ein oder zwei Behinderten Parkplätze eingerichtet werden können.

---

zu 17.9 Antrag der MBL-Fraktion betr. KFZ
Vorlage: VO/0104/2009

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung des Antrages.

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung der Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei 2 Ja-Stimmen der MBL, Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken, sowie bei Enthaltungen der CDU und FDP folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 17.10 Antrag der CDU-Fraktion betr. Fahrradständer und Kfz-Stellplätze
Vorlage: VO/0138/2009

Die Vorlage ist im Umweltausschuss zurückgestellt worden, bis ein Konzept für die Nutzung des Geländes von der Marburg Consult GmbH erstellt wurde.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück.

---

zu 17.11 Antrag der FDP-Fraktion betr. "Selbständige Schule"
Vorlage: VO/0153/2009

Der Antrag ist vom Haupt- und Finanzausschuss zurückgestellt worden bis zur

Mai-Sitzung.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zur Mai-Sitzung.

---

zu 17.12 Antrag der FDP-Fraktion betr. Benutzerordnung für "Marburg Mitte"
Vorlage: VO/0154/2009

Der Antrag ist vom Haupt- und Finanzausschuss zurückgestellt worden bis zur Mai-Sitzung.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zur Mai-Sitzung.

---

zu 17.13 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen u. SPD betr. Rechtssicherheit für die Otto-Ubbelohde-Schule Marburg als sechsjährige Grundschule
Vorlage: VO/0155/2009

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Im Schul- und Kulturausschuss ist der Antrag wie folgt ergänzt worden:

Unterzeichnet ist die Vorlage zusätzlich von Frau Dorn und Herrn Weidemann.

Außerdem wird im letzten Satz der Begründung nach den Worten "bauliche Weiterentwicklung" in Klammern eingefügt: "mittelfristig Bau einer Mehrzweckhalle".

Weiterhin ist im Schul- und Kulturausschuss die FDP-Fraktion dem Antrag beigetreten. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser ergänzten Antragsfassung.

Die CDU-Fraktion hat folgende Protokollerklärung abgegeben:

Dazu fordert die CDU-Fraktion: Rechtssicherheit für die Otto-Ubbelohde-Schule Marburg als 6-jährige Grundschule, und zwar als Angebotsschule. Dafür ist weder eine "Überführung" noch eine Änderung des Hessischen Schulgesetzes erforderlich.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über den ergänzten Antragstext abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird aufgefordert, sich bei der Hessischen Landesregierung dafür einzusetzen, dass die Marburger sechsjährige Grundschule „Otto-Ubbelohde-Schule“ möglichst bald in eine Regeleinrichtung überführt und das Hessische Schulgesetz entsprechend geändert wird.

zu 17.14 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen u. SPD betr. Umweltschutzpapier
Vorlage: VO/0157/2009

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, künftig bei allen Veröffentlichungen des Magistrats in einem Impressum-Hinweis die Art des verwendeten Papiers zu erläutern. Dies sollte auch bei den eigenen Unternehmen gelten.

---

zu 17.15 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. LED-Leuchten
Vorlage: VO/0158/2009

Die Vorlage ist im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften nach kurzer Diskussion zurückgestellt worden bis zur Mai-Sitzung.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zur Mai-Sitzung.

---

zu 18 Kenntnisnahmen

---

zu 18.1 Haushalt 2008
hier: Überplanmäßige Ausgabe bei der Hst. 0230/6550 "Gerichts- und Anwaltskosten"
Vorlage: VO/0802/2008

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

---

zu 18.2 Grunderwerb im Afföller
Vorlage: VO/0143/2009

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

---

zu 18.3 Überplanmäßige Auszahlung im Finanzhaushalt (Investitionen) 2009

Investitionsnummer I622.004.9 - Grunderwerbskosten
Vorlage: VO/0156/2009

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung abgehandelt. Der Stadtverordnetenvorsteher erklärt, dass im Ältestenrat vereinbart wurde, die Mai-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung um 15:30 Uhr zu beginnen. Die Fragestunde wird 30 Minuten umfassen. Sonstige Sitzungsbegrenzungen wurden vom Ältestenrat nicht empfohlen.

Anschließend erteilt der Stadtverordnetenvorsteher der Stadtverordneten Kolter (Marburger Linke) das Wort zum Vortrag einer persönlichen Erklärung.

Die Sitzung wird geschlossen um 17:15 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Becker
Vorsitzender
der SPD-Fraktion

Stompfe
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle

Anlagen
Dringlichkeitsanträge
Zwei Schreiben zu Frage Nr. 8